



Dr. Uschi Eid

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Parlamentarische Staatssekretärin a.D.

Deutscher Bundestag · Platz der Republik 1 11011 Berlin
Tel: 030/ 227-71576, Fax: 030/ 227-76233



Kerstin Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Staatsministerin a.D.

Deutscher Bundestag · Platz der Republik 1 11011 Berlin
Tel: 030/ 227-71022, Fax: 030/ 22776480

„Perspektiven und neue Impulse in der Afrikapolitik“

Bericht über das Fachgespräch mit afrikanischen Botschaftern am 25. April 2007 in Berlin

Am 25. April 2007 folgten 34 afrikanische Botschafter und Botschaftsvertreter der Einladung der Grünen Bundestagsfraktion, um sich zum Thema **„Perspektiven und neue Impulse in der Afrikapolitik“** mit grünen Bundestagsabgeordneten in Berlin in einer vierstündigen Gesprächsrunde auszutauschen. Im Vorfeld des G8- Gipfels in Heiligendamm und des geplanten EU-Afrika-Gipfels diskutierten sie über die nachhaltige Entwicklung in Afrika sowie über die Bedeutung der afrikanischen Kulturpolitik auf dem Kontinent und in den auswärtigen Beziehungen.

Kerstin Müller, außenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, betonte die Notwendigkeit, die afrikanischen Reformanstrengungen - wie sie vor allem in der AU und NePAD zum Ausdruck kommen - zu unterstützen. Vor allem in der Handelspolitik müsse es einen fairen Interessenausgleich geben und entwicklungspolitische Erfordernisse berücksichtigt werden. Die Grünen erhoffen sich ihrerseits von den afrikanischen Staaten, dass sie beim Thema Menschenrechte stärker ihren eigenen Ansprüchen gerecht würden. Zentrale Foren, in denen die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika umgesetzt werden müsste, seien dieses Jahr der G8-Gipfel in Heiligendamm, die gemeinsame EU-Afrika-Strategie und die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

Dr. Uschi Eid, Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, stellte das neue afrikanische Selbstbewusstsein heraus, das mit einer neuen Bereitschaft einhergehe, eigene politische Ansätze zu formulieren, aber auch die eigene Situation einer kritischen Analyse zu unterziehen. Besonders deutlich zeige sich dies im afrikanischen Reformprogramm NePAD und im Peer Review Prozess, der gegenseitigen Beurteilung von Entwicklungsfortschritten. Die neue Aufbruchstimmung in Afrika habe auch die G8-Staaten gezwungen, ihre Afrika-Politik neu zu justieren. Dies schlug sich im G8-Afrika-Aktionsplan von 2002 nieder. Hierin orientierten sich die Entwicklungspartner an der afrikanischen Reformpolitik.

Enttäuschung herrschte auf afrikanischer Seite vor allem darüber, dass immer wieder seitens der G8 große Erwartungen in Afrika geschürt würden, die Umsetzung der G8-Versprechen jedoch mangelhaft sei. Eine stärkere Evaluierung und die verbindliche Umsetzung bestehender Hilfszusagen seien deswegen wichtiger als neue Zusagen. Gleichzeitig unterbreiteten die afrikanischen Vertreter konkrete Verbesserungsvorschläge im Bereich einer auszubauenden Partnerschaft. So schlug der Botschafter Ägyptens vor, trilateral im Bereich alternativer Energiegewinnung in Afrika zu kooperieren. Demnach könnte sich dabei z.B. ein europäisches Land zusammen mit Ägypten in der Demokratischen Republik Kongo engagieren.

Viele afrikanische Vertreter würdigten das Engagement der grünen Bundestagsfraktion, afrikanische Interessen in der deutschen Politik zu thematisieren. Kritisiert wurde jedoch das zu negative Afrika-Bild in den deutschen Medien. Die existierenden Reformanstrengungen und -erfolge würden kaum zur Kenntnis genommen. Vielmehr würden sich viele Akteure ungerechtfertigt einmischen, anstatt die

afrikanischen Fortschritte zu würdigen. Dies sei vor allem auf ein zu geringes Wissen über den afrikanischen Kontinent und eine mangelhafte Wahrnehmung der Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten zurückzuführen.

Verbessern könne man diesen Zustand z.B. im Bereich der Hochschulpolitik. Vertreter der afrikanischen Seite bedauerten die Schließung vieler Afrikanistik-Lehrstühle an deutschen Universitäten. Nur durch den Erhalt dieser Studiengänge könnten eine umfassende Wissensvermittlung der afrikanischen Kultur und ein reger Wissenschaftsaustausch zwischen afrikanischen Ländern und Deutschland stattfinden. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass die bestehenden Kanäle zur Wissensvermittlung über Afrika effizienter genutzt werden müssten, um den internationalen Austausch zu verbessern.

Uschi Eid appellierte an die afrikanischen Botschafter, selbst aktiv zu werden und Lobbyarbeit zu betreiben, um das Afrikabild zu verbessern, und dies nicht alleine den deutschen Akteuren zu überlassen. Die Gründung eines afrikanischen Kulturinstituts in Berlin wäre ein Schritt in die richtige Richtung, die Wissensdefizite über Afrika auszugleichen und ein authentisches Afrika-Bild in Deutschland zu erzeugen.

Weiterhin beklagte sie die Vernachlässigung der Kulturpolitik in den Beziehungen der beiden Kontinente. Der Gedanke, dass Kunst und Kultur eine gemeinsame afrikanische Identität vorantreiben und für eine selbstbestimmte Positionierung des afrikanischen Kontinents innerhalb der internationalen Beziehungen eine Rolle spielen könnten, sei es wert, diskutiert zu werden. Sie stellte mit Bedauern fest, dass NePAD bislang das Potential der Kultur für die wirtschaftliche Entwicklung nicht hinreichend berücksichtigt habe.

Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit, den kulturellen Reichtum in den afrikanischen Ländern zu erhalten und zu fördern, betont. Bildung und Kultur sollten genutzt werden, um die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Afrika zu verbessern und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

Der Botschafter Äthiopiens stellte in diesem Zusammenhang neue Entwicklungen in der afrikanischen Kulturpolitik anhand der Ergebnisse des Panafrikanischen Kongresses im November 2005 in Addis Abeba vor. 42 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union hatten gemeinsam über Verbesserungen im Kultur- und Bildungssektor beraten und damit die Bedeutung von Kultur und Bildung für die Entwicklung der afrikanischen Länder auf die Agenda gesetzt.

Kerstin Müller betonte abschließend das Prinzip der afrikanischen Eigenverantwortung im Bereich der Menschenrechte und begrüßte die Aufgabe des Prinzips strikter Nichteinmischung zugunsten kollektiver Verantwortung im Rahmen der Afrikanischen Union. Auf dieser Basis müssten die Afrikaner deutlich ihre Interessen gegenüber Europa artikulieren.

Die grünen Abgeordneten freuten sich über die große Resonanz auf die Einladung zu diesem Fachgespräch. Das zahlreiche Erscheinen der afrikanischen Botschafter zeigte deutlich, dass nachhaltige Entwicklung in Afrika und die Bedeutung afrikanischer Kultur und Kulturpolitik auf dem Kontinent und in den auswärtigen Beziehungen wichtige Themen sind, die weiter auf beiden Seiten verfolgt werden sollten.